

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

151 (2.7.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleile 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Besprechung der Sanktionen im Reichstag

Berlin, 1. Juli. Am Regierungstisch: Dr. Rosen. Auf der Tagordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Ein Regierungsvertreter berweist auf das Jugendwohlfahrtsgesetz. Grundzüge einer gesetzlichen Neuordnung dieses Rechtsgebietes sind den Ländern zur Stellungnahme zugegangen. Der Gesetzentwurf ist vorbereitet, ebenso eine Neuordnung des Bescheidungsrechtes.

Der Gesetzentwurf zur Überwachung des Verkehrs von Postpaketen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete wird nach abnehmenden Erklärungen des Abg. Dr. Geyer (Komm.) an den Postauschuss überwiesen. Die Entschädigungsordnung für Schäden aus Anlaß des Krieges ging ebenfalls an einen Ausschuss. Die Verordnung über Unterhaltung von Warmwassererwärmungsanlagen wird bis zum 31. März 1922 verlängert. Die Vorlage zur Aufhebung der Verordnung über die Errichtung von Verkehrsverbänden in der Binnenschifffahrt ging an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Die Besprechung über die Sanktionen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) Mit dem Gefühl tiefer Erbitterung haben wir wiederholt Anträge eingebracht gegen die Verbotsmaßnahmen. Was wir erlitten haben gehört der Geschichte an. Ich erinnere an den ... Raub der Kolonien, an die Leiden der besetzten Gebiete, an die Verletzung von Eupen und Namur, an Oberloosen. Für die Verlängerung der Sanktionen liegt nicht der geringste Grund vor. Macht geht vor Recht. Der Redner schildert die verheerenden Folgen der Ententepolitik. Mit der Annahme des Ultimatums verfiel auch der letzte Schein von Recht für die Sanktionen. Auch ausländische Stimmen erkennen das an, auch französische. Unsere rheinische Treue ist über alle Anfechtungen erhaben. Eine Verzerrung Deutschlands muß unter allen Umständen verhindert werden. Briand hat erklärt, die Aufrechterhaltung der Sanktionen soll zum Schutze des Rheinlandes notwendig sein. „Statt Witz“ muß man wohl „Witz“ sagen. Die Aufhebung der Sanktionen aber wird von allen Deutschen verlangt. Wo sind denn irreguläre Truppen in Deutschland. Wir können das Ansehen des Reiches nicht verhindern, wenn Frankreich ihn durch unerhörteste Gewaltmaßregeln immer wieder schürt. Frankreich hat der deutschen Demokratie immer nur Steine in den Weg gelegt. Die ungeheuren Kosten müssen endlich verringert werden. Die Folgen der Sanktionen sind Verstopfungen der Verkehrsnetze, Störungen, Arbeitslosigkeit, dazu treten die erschreckenden Wirkungen in der Landwirtschaft. Das internationale Schiedsgericht feiert die tollsten Orgien. Der ungeheure militärische Apparat ist überflüssig. Wir wollen die Atmosphäre des Hasses verdrängen, durch eine fruchtbringende Temperatur des Friedens. Wir wollen mitarbeiten an der Völkervereinigung. Voraussetzung ist aber die Befreiung Oberloosen bei Deutschland und die Vertreibung der Rheinländer. In diesem Sinne rufe ich den Verbandsmitgliedern zu: Raht uns Luft und Licht und geht uns unsere Freiheit wieder! (Beifall.)

Abg. Dr. Reichert (D.) Es ist kein Wunder, daß Frankreich schon seit vielen Jahrhunderten nach dem Rheinlande Gefühle hegt, daß es den Rhein als Deutschlands Grenze verlangt. Der Versailler Vertrag brachte Frankreich endlich seinem Ziele näher. Der Raub des Elsas wurde endgültig sanktioniert und die Befreiung des Rheinlandes auf viele Jahre festgelegt. Die Zeit der Befreiung wird in der Geschichte als eine Zeit des unglücklichen Leidens der Rheinländer betrachtet werden. Das schlimmste ist die schwarze Schmach, an der jedes freie Volk Anstoß nehmen muß. Frankreich läßt keine Gelegenheit vorübergehen, uns zu knechten zu unterdrücken. Die Sanktionen sind Gewalttat, Entpressung, gemeinsames Verbrechen (Beifall rechts). Trotz der Annahme des Ultimatums gibt es eine Zollmauer durch Deutschland. Der Verkehr ist gestört, der Handel gehemmt, die Produktion starrt, die Not der Bevölkerung wächst, während an Luxuswaren ein Ueberfluß herrscht zur Freude des Schieberturns. Die nutzlose Einfuhr zählt bereits nach Milliarden. Die Wirtschaftsspiionage greift immer weiter. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, denn von einem Preisabbau kann bei solchen Verhältnissen nicht die Rede sein. Unter der französischen Diktatur kommen die deutschen Beamten in schwere Gefahren. Die Rheinländer haben immer wieder gegen die französische Diktatur protestiert, während wir von der deutschen Regierung nur lahmende Vorstellungen hören. Wo bleibt der starke Mann? Sollen diese Entpressungen und Gewalttaten ewig dauern? Den Franzosen steht für ihr Vorgehen jedes Rechtsdokument. Ihr Verhalten ist die schwerste Enttäuschung der Ja-Sager. Es ist wie blutiger Hohn für den Reichstagsler, der alle Tage etwas verspricht. Wir vermüssen ein zielbewusstes Auftreten der Regierung. Die Sanktionsfrage ist von Anfang an falsch behandelt worden. Der Kanzler mußte verlangen, daß Zug um Zug die Aufhebung der Sanktionen erfolge, daß Oberloosen geräumt würde. Die Reichsregierung hat ein böliges Spiel gespielt. (Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird abgebrochen, um erst die Abstimmung über den Staatsgerichtshof vorzunehmen, die vor einigen Tagen ausgesetzt werden mußte. Der Entwurf wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Abg. Dr. Breitsheld (U.): Auch wir fordern die Aufhebung der Sanktionen. Der Redner wendet sich gegen die Inflation der Luxuswaren. Wird der Sanktionspolitiker kein Ende gemacht, nachdem die deutsche Regierung vollständige Beweise erbracht hat für ihren guten Willen? Alle Bedingungen sind erfüllt. Bei der Ablehnung des Ultimatums wäre das im Uebermaß eingetreten, was jetzt beflagt wird. Darum haben wir diese Regierung gegen den Ansturm der Rechten verteidigt. Bei einer Reichsregierung würden die Sanktionen beseitigt werden. Die Reichsparteien spielen mit den parteipolitischen Gründen nur eine Komödie. Sie sprechen von der Latenlo-

sigkeit der Regierung, wissen aber kein Rezept anzugeben. Was würden Sie denn tun, wenn Sie auf den Klagen der Regierung lächerlich wären? Wir sind weit entfernt, der Regierung irgendwelchen Blankokredit zu geben. Wir warten ab, was sie leisten wird. Wenn sie aber den Anschein erwecken würde, als würde sie die Unterjochung der Rechten, dann würden wir im Interesse des Volkes es für geboten halten, eine solche Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Nationalisten von Süden und Westen arbeiten sich in die Hände. Die Franzosen treiben eine Politik, die schlimmer als ein Verbrechen ist. Wenn die Regierung sich in einer latenten Krise befindet, so mag sie sich bei den Demokraten bedanken. Wenn die Rechte mit dem Säbel raffelt, so wirkt das nur lächerlich.

Abg. Dr. Koch (Dem.): Im Waffenstillstand ist nur die Befreiung der Rheinländer vorsehen. Die Absicht, die Rheinlande mit französischer Kultur zu durchdringen und somit für Frankreich zu erobern, wird in französischen Blättern offen ausgegeben. Am gefährlichsten ist aber die systematische wirtschaftliche Durchdringung des Landes, die die Wiedergewinnung des Rheinlandes zum Ziel hat. Das wird auf die Befreiung dieses Zustandes hinarbeiten haben, bedarf keiner Erörterung. Leicht ist es, der Regierung Vorwürfe zu machen, wenn man sonst ihre Hand nicht reichen will. Frankreich hat zu entscheiden, zwischen einer Politik der Unterdrückung und Ballonierung und einer Politik, die uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen ermöglicht. Der Redner schließt, indem er der rheinischen Bevölkerung für ihre Treue dankt. Man könne unser Vaterland wohl ruinieren, aber nicht zerschlagen. (Beifall.)

Abg. Schlein (Komm.): Den Interpellanten kam es lebhaft auf die Aufstellung eines nationalen Komitees an, denn was in dieser Frage zu sagen war, hat der Reichstagsler schon mehr als einmal gesagt. Der Redner polemisiert heftig gegen die Rechte und führt dann aus: Die Sanktionen entsprechen einmal dem Geldbedürfnis des französischen Kapitalismus und der Schen der deutschen Bourgeoisie, ihrer Regierung die Mittel zu gewähren, für die Kosten des verlorenen Krieges aufzukommen. England verfolgt hauptsächlich ökonomische Ziele, Frankreich politische. Beide fürchten die deutsche Sonderkonkurrenz, die zur Schleuderkonkurrenz geworden ist und Gegenmaßnahmen zu Wege gebracht hat, wobei sie nicht bedenken, daß sie damit wiederum Deutschlands Zahlungsfähigkeit beschneiden. Dazu kommt die finanzielle Not Frankreichs. So sind die Sanktionen verständlich. Die schwere Belastung der Bevölkerung erkennen wir, wenn aber andererseits die deutsche Bourgeoisie mit Unterstützung der Regierung den Wirtschaftskrieg gegen die Franzosen ausnützt, so ist das nur die Fortsetzung des Weltkrieges. Wir müssen aber mit weiteren Sanktionen rechnen, weil Deutschland die Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Der Kapitalismus wird sich schon mit den Verhältnissen abfinden, aber das Proletariat hat in geradzug erschreckender Weise unter den Sanktionen gelitten.

Abg. Beermann (Völksp.): Wenn die Franzosen verstanden, die pfälzische Republik zu errichten, so werden sie im Westen einen Sturm der Entrüstung herbeirufen. Nach einem Schlußwort des Abg. Koch (D.) wird die Interpellationsdebatte geschlossen.

Das Haus vertagt sich auf Samstag vormittag 11 Uhr. Kleine Anfragen. Schluß 3/8 Uhr.

Preußische Justizreform

Angenommene sozialdemokratische Vorschläge

Berlin, 1. Juli. Am Landtag wurde ein sozialdemokratischer Antrag zum Justizetat angenommen, daß begabten Kindern minderbemittelter Eltern in größerer Anzahl auf Staatskosten der Weg zum Berufsrichteramt eröffnet werden soll, desgleichen ein Antrag, der hervorragenden begabten und praktisch erfahrenen Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung einer Prüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben. Zur Annahme gelangte auch ein Antrag, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst entschädigt werden und ein Antrag, den Gefangenen in weitestem Umfang das Recht zum Bezug und Lesen politischer Zeitungen sowie Zeitschriften und Büchern zu geben.

Tagung der zweiten Internationale

Berlin, 1. Juli. („Vorwärts“). Das Exekutivkomitee der zweiten Internationale tagte am 27. und 28. Juni in London. Deutschland war durch den Genossen Weiss vertreten. Aus der Besprechung über die internationale Situation ergab sich insbes. auf die Sanktionen, daß diese, nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen durch Erfüllung des Ultimatums nachgekommen ist, aufgehoben werden müssen. Das Komitee kommt zu diesem Beschluß auch aus dem Grunde, weil die beteiligten Völker ihre Finanzen fast nicht in Ordnung bringen können. Es ist auch unmöglich, die internationalen Handelsbeziehungen wieder herzustellen. Der deutsche Parteivorstand hat dem Komitee eine Denkschrift über die Notwendigkeit der Schaffung einer interparlamentarischen Kommission unterbreitet, die eine eingehende, im allgemeinen zustimmende Aussprache ergab.

Auch ein französischer Befehl keine Gefangene zu machen

Paris, 1. Juli. In der „Humanité“ erhebt der Schriftsteller Gouthenoire de Loury auch gegen den Komman-

nanten der 13. Division, General de Duli, die Anklage, am Vorabend des Angriffs vom 25. September 1915 in Artois den Offizieren der 13. Division den Befehl erteilt zu haben, keine Gefangene zu machen.

Die Franzosengeißel in der Pfalz

Ludwigshafen, 30. Juni. Die Beschlagnahme von 600 Morgen Ackerland zwischen Eggersheim und Rundenheim für einen französischen Militär-Lager- und Schießplatz wurde trotz der verschiedenen Einsprüche der Landwirte und der deutschen Behörden aufrecht erhalten. Ursprünglich hatten die Franzosen sogar verlangt, daß die Felder sofort abgeerntet werden sollen. Erst auf wiederholte Vorstellungen wurde erreicht, daß die Beschlagnahme erst nach Abarbeitung der auf den Aekern befindlichen landwirtschaftlichen Produkte in Wirksamkeit tritt.

Zweibrücken, 30. Juni. Hier wurde ein Bezirksbaumeister von einem marokkanischen Soldaten seiner Barshaft herab. Den deutschen Polizeibeamten, die in dieser Angelegenheit Ermittlungen anstellten, wurde die Ausweisung angedroht, wenn sie noch einmal Erhebungen anstellen würden, die sich gegen Franzosen richten.

Unerträglich Brotpreise in Sicht

Berlin, 1. Juli. Im Landwirtschaftlichen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates teilte ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums mit, daß die Mindestpreise für das im Umlageverfahren abgelieferte Getreide von 1400 M auf 2100 M für die Tonne Roggen heraufgesetzt werden sollen, der Mindestpreis für Weizen erhöht sich entsprechend von 1500 auf 2300 M, der für Daser auf 1800 M. Die Preisfestsetzung stützt sich auf die Erhebungen der Indexkommission. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nahm diese Vorschläge gegen den Widerspruch eines Arbeitervertreters an.

Die Vorschläge des Reichsernährungsministeriums sind der Auffassung der ungeheuerlichen Preiserhöhung, die von den Landwirten schon seit langem beabsichtigt und mit dem Schlagwort: „Der an die Weltmarktpreise“ verfolgt worden ist. Während die bisherigen Getreidepreise, so lange das ganze Brotgetreide wenigstens theoretisch der Ablieferungspflicht unterlag, für die gesamte Brotfrucht galten, ist es nach dem Umlageverfahren nicht mehr der Fall. Nur ein Teil der neuen Ernte, nämlich 2 1/2 Millionen Tonnen, wird zu diesem Mindestpreise zur Ablieferung gebracht. Das übrige kann zu Weltmarktpreisen verkauft werden, die sich für Roggen und Weizen auf mehr als 3000 M die Tonne bewegen. Die bürgerlichen Parteien haben es verstanden, den Umfang des ablieferungspflichtigen Getreides auf 2 1/2 Millionen Tonnen herabzudrücken. Man hätte annehmen müssen, daß es den Agrariern damit genug sei, zumal sie das bisher in Schleichhandel gebrachte oder verführte Brotgetreide von der nächsten Ernte ab ungehindert zu Weltmarktpreisen verkaufen können. Statt dessen fordern sie durch ihren Interessenvertreter in der Reichsregierung, den Ernährungsminister, auch für das Umlageverfahren einen um die Hälfte höheren Preis. Dieses Vorgehen ist ausgedrückter Protroucher.

Welche Wirkung die neue Preisfestsetzung haben wird, läßt sich daran ermessen, daß das billige, aus Umlagegetreide hergestellte Brot unter Annahme der heutigen Verarbeitungspreise etwa 750 M kosten wird. Zu diesem Preise stehen pro Kopf der Bevölkerung im ganzen Jahre etwa 42 Kilogramm Brot zur Verfügung, also in der Woche noch nicht ein Kilogramm. Alles übrige Brot wird aus dem zu Weltmarktpreisen eingekauften Getreide hergestellt und dürfte sich im Preise auf etwa 15 Mark belaufen.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Brotpreiserhöhung von den breiten Massen ohne eine Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht getragen werden kann. Für diejenigen Kreise, die auf feste Renten angewiesen sind, würde eine Erhöhung der Getreidepreise in dem geplanten Ausmaß der letzte Stoß gegen ihre Existenz sein. Mit Recht hat daher ein Vertreter der Arbeiter in dem Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung darauf hingewiesen, daß diese Preissteigerung für die minderbemittelte Bevölkerung unerträglich ist. Gleichwohl hat sie im Ausschuss gegen eine einzige Stimme Annahme gefunden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist auch anzunehmen, daß der Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit dem Brottroucher zustimmen wird. Dann aber wird die Teuerungswelle auch auf alle übrigen Produkte, die heute noch nicht auf Weltmarktpreisen stehen, übergreifen. Und es ist eine allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten in größtem Ausmaß zu erwarten.

Die Arbeiterschaft muß gegen eine solche Verteuerung des Brotes den schärfsten Protest einlegen. In derselben Zeit, wo die Arbeitgeberverbände in den Lohnverhandlungen vom Lohnabbau reden, zu einer Zeit, wo im Arbeitsmarkt durch die Erfüllung der Wiederherstellung und durch die Sanktionen die schwersten Erschütterungen drohen, wird das wichtigste Nahrungsmittel in einem unerhörten Ausmaß verteuert, ohne daß die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Löhne in dem entsprechenden Maße steigen.

Die Marktkunde

Die Marktkunde

Reichswirtschaftsrat und Körperschaftsteuer

Ueber die Besteuerung der Gesellschaften hat der Reichswirtschaftsrat einen Beschluß gefaßt, der, wenn die gesetzgebenden Körperschaften ihm beitreten, geeignet ist, die Methode der Steuererhebung auf eine ganz andere Grundlage zu stellen und dem Reich weit höhere Einnahmen zu sichern als das bis heute der Fall war. Die Regierung hatte dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des bestehenden Körperschaftsteuergesetzes vorgelegt, und der Reichsrat hat, obwohl er beabsichtigte, schon jetzt in die Beratung dieses Entwurfes einzutreten, sie mit Rücksicht auf die im Reichswirtschaftsrat stattfindende Besprechung der Frage vertagt. Diese Besprechung ist nun in der Reparationskommission des Reichswirtschaftsrats zum Abschluß gelangt und hat zu der Entscheidung geführt, daß die Besteuerung der Gesellschaftsgewinne ausschließlich an der Quelle und nicht erst bei den bereits ausgeschütteten Dividenden erfolgt.

Diese Stellungnahme bedeutet, verglichen mit dem gegenwärtigen Zustand, einen außerordentlichen Fortschritt. — Schon seit langem ist von Steuerfachverständigen die Notwendigkeit betont worden, die im Produktionsprozeß gemachten Gewinne heranzuziehen, wenn sie an die einzelnen Persönlichkeiten gelangt sind. Dieser Idee hatte freilich auch das bestehende Körperschaftsteuergesetz in gewissem Sinne Rechnung getragen, indem es eine Steuer erhob, sowohl an der Quelle (d. h. beim Gesamtüberschuß), wie auch bei dem zur Ausschüttung gelangenden Dividendenbetrag.

Mit dieser Zweiteilung soll nun, das ist der Sinn des Beschlusses des Reichswirtschaftsrates, aufgeräumt und die Besteuerung der Gesellschaften lediglich durch die steuerliche Erfassung des gesamten Gewinnüberschusses vorgenommen werden. Die wichtigsten Teile des Gutachtens der Reparationskommission des Reichswirtschaftsrats gehen dahin, daß erstens festgestellt wird, daß die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Mehrbesteuerung der Körperschaften angemessen ist, daß zweitens die Besteuerung der Gesellschaftsgewinne ausschließlich an der Quelle vorgeschlagen wird, natürlich unter Anrechnung des durch die Körperschaftsteuer erhobenen Betrages auf die Einkommensteuer der betreffenden Gewinnbezieher. Der Reichswirtschaftsrat hat der Regierung empfohlen, so schnell wie möglich einen neuen Gesetzentwurf unter Berücksichtigung dieser Grundsätze auszuarbeiten zu lassen.

Es ist anzunehmen, daß die Regierung diesem einstimmig beschlossenen Gutachten der Reparationskommission Folge leisten wird, da diese Methode nicht nur die steuertechnische Erhebung außerordentlich vereinfacht, sondern auch steigende Erträge verleiht und dafür sorgt, daß kein Aktienbesitzer in der Lage ist, sich seiner Steuerpflicht zu entziehen. Es wird zugleich eine Gewinnbeteiligung des Reiches an den Ergebnissen des deutschen Wirtschaftslebens erzielt, die automatisch wächst, je besser das deutsche Wirtschaftsleben sich entwickelt und zugleich die Möglichkeit schafft, durch geringfügige Erhöhungen des Ertrages der Steuer, je nach dem Bedürfnis des Staates, zu steigern.

314 politische Morde von rechts, 15 Morde von links

Im Verlag Neues Vaterland ist unter dem Titel „Zwei Jahre Mord“ eine Broschüre erschienen, die eine chronologische Uebersicht der politischen Morde in den beiden letzten Jahren enthält. Der Verfasser, Herr Dr. Gumpel, ist ein Pazifist, einzig mit genauer Not selbst der Gefangenschaft und mag aus diesem Grunde mit Veranlassung worden sein, eine umfassende Materialsammlung über die vielen politischen Morde in Deutschland vorzunehmen. Das Ergebnis seiner Arbeit bietet zunächst ein erschütterndes Bild von der vergifteten politischen Atmosphäre in Deutschland; darüber hinaus eine gewaltige Anklage gegen die deutsche Justiz und bringt für die kämpfende Arbeiterklasse wichtige Lehren.

Das Kloster bei Sendomir

Novelle von Franz Grillparzer
(Fortsetzung.)

„Doch plötzlich ward der Klaus der Glücklichen auf eine noch weit empfindlichere Weise gestört. Starzenski's Hausverwalter, ein als reichlich exprobrter Mann, erschien, trübte Wolken auf der gefurchten Stirn. Man schloß sich ein, man rechnete, man verglich, und es zeigte sich bald nur zu deutlich, daß durch das, was für Elgas Verwandte geschehen war, durch den schrankenlosen Aufwand der letzten Zeit, des Grafen Vermögensstand erschüttert war und schleunige Vorkehrungen erforderlich. Das Schlimmste an dieser Vermirung hatten Elgas beide Brüder getan. Wie denn überhaupt das Unglück Besserungsfähige heilte, so war die alles verflüchtende Genugthuung des leichtfertigen Paares durch die lange Entbehrung nur noch tiefer geworden. Auf die Kasse des Grafen mit ihrem Unterhalt angewiesen, hatten sie den überflüssigsten Gebrauch von dieser Zugestehung gemacht, und nachdem der in Seligkeit schwimmende Graf auf die ersten Anfragen seiner besorgten Geschäftsleute ungeduldig die Antwort erteilt hatte: man solle es nicht zu genau nehmen und seinen Schwägern geben, was sie bedürften, war bald des Fortdauern und Nehmens kein Ende.“

Der Graf überließ mit einem Blide das Bedenkliche seiner Lage, und ordnungsliebend, wie er war, hatte für ihn ein rasches Umkehren von dem eingeschlagenen Raumpfade nichts Beängstigendes. Nur der Gedanke an Elga machte ihm bange. Wird das heitere, in unbefangener Frohsinn so gern hinschwebende Wesen —? Aber es mußte sein, und der Graf tat, was er mußte. Mit klopfendem Herzen trat er in Elgas Gemach. Aber wie angenehm ward er überrascht, als, da er kaum die Verhältnisse auseinandergesetzt und die Notwendigkeit festgestellt hatte, die Stadt zu verlassen, um auf eigener Scholle den Reichthum der lehrverloffenen Zeit wieder gut zu machen, als, bei der ersten Andeutung schon, Elga an seine Brust stürzte und sich bereitwillig und erfreut erklärte. Was er wollte, was er gebiete, sie werde nur gehorsam sein! Dabei fügten Tränen aus ihren Augen, und sie wäre zu seinen Füßen gefallen, wenn er es nicht verhindert, sie nicht emporgehoben hätte zu einer langen, Zeit und Außenwelt aufhebenden Umarmung.

Alle Anstalten zur Abreise wurden gemacht. Starzenski, der, von Jugend auf an Einfamkeit gewohnt, alle Freuden des

Wir finden in dem Buche eine namentliche Uebersicht über 73 Anhänger Rapps und die Art ihrer Betätigung in den höheren Stellen. Verurteilung — keine.

Im Anschluß daran eine namentliche Uebersicht über die gegen 198 Anhänger der bayerischen Räterepublik verhängten Strafen. Resultat: 518 Jahre Einsperrung.

Eine namentliche Uebersicht über 775 Offiziere, die zu Rapp hielten, zeigt uns, daß alle Verfahren eingeleitet sind und keine Verurteilung erfolgt ist.

Dagegen sind 505 betraffene Teilnehmer der Münchener Räterepublik, die zu Gefangenen gemacht wurden, erschossen. Und nun die Bilanz der politischen Morde. Chronologisch aufgezählt finden wir eine Uebersicht von 314 politischen Morden von rechts. Die Namen der Täter und der Ausgang des Verfahrens sind aufgezeichnet. Die Sühne war: Fünf Verurteilungen zu einer Gesamtstrafe von 31 Jahren drei Monaten Einsperrung und eine lebenslängliche Festungshaft. Insgesamt kommt in den Jahren 1919 und 1920 beinahe auf jeden zweiten Tag ein ungeführter Mord von rechts.

Demgegenüber eine chronologische und namentliche Uebersicht von insgesamt 15 politischen Morden von links. Name, Täter und Ausgang des Verfahrens sind ebenfalls genau festgesetzt. Die Sühne war hier: 22 Verurteilungen zu einer Gesamtstrafe von acht Todesurteilen, 176 Jahren und zehn Monaten Haft.

Es sind nüchterne Zahlen, die für sich selber wirken. Sie finden uns die juristische Erledigung der Missetaten in Deutschland, sie malen zugleich das Bild der Rechtspflege im republikanischen Deutschland schwarz in schwarz. Wilde wie Milch und Honig gegen die Rapp-Buschfichten, denen überhaupt nicht ein Haar gekrümmt, volles Verzeihen gegen die Banditen, die mit der heimtückischen Waffe des Meuchelmordes arbeiten, wenn sie einen Mann der Linken aus dem Sinterhalt, im Dunkel Inziden oder niederknallen wie die Spaken. Aber wehe, wenn Arbeiter in das Räderwerk dieser Justiz hineingelangen! Sie werden unerbittlich zer-malm't von den deutschen Richtern, die in ihrer Mehrzahl Parteigänger des alten Deutschlands sind. Die Klassenjustiz wütet in der schärfsten Form weiter, hier hat sich nichts geändert seit dem November 1918. Um so dringender ist eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig, die auf-räumt mit den alten Verurteilungen, die heute in Deutschland Recht sprechen.

Die Bilanz der politischen Morde muß aber auch für alle Anhänger der „gewalttätigen Propaganda der Linken“ und der „unmittelbaren Aktion“ die alte Erfahrung erneut wieder aufdrängen, daß ihre Methode das wirkungsvollste Mittel gesellschaftlicher Umbildung ist. Fast ohne Blutvergießen verließ die Novemberrevolution als eine soziale Umwandlung, die im Schoße der Gesellschaft ausgereift war. Wenn nicht die putschmäßigen Gewalttaten von links vorangegangen wären, hätten die Rückwärtler sich nicht so rasch erhoben und mit reaktionären Gewalttaten aus Licht wagen können!

Französische Nachsicht gegen die eigenen Kriegsbeschuldigten

Es ist ein sonderbares Zusammentreffen, daß im Augenblick, wo man in Frankreich mit fieberhafter Spannung der Beurteilung der deutschen Kriegsbeschuldigten in Leipzig entgegenfiehet, die französische Öffentlichkeit durch eine ganze Reihe von Affären auf das heftigste bewegt wird, die sich sämtlich als schwere Ausschreitungen des eigenen Militarismus darstellen. Im Senat fand die Interpellation zur Verhandlung, die die Verurteilung und Erschießung fünf französischer Soldaten durch das Kriegsgericht von Vincennes zum Gegenstand hatte. Die Verurteilung war erfolgt wegen Verlassen des Postens vor dem Feind. Wenige Minuten nach der Vollstreckung traf die Begnadigung ein. Die Wiederaufnahme des Verfahrens hatte die völlige Unschuld der Erschossenen erwiesen. Die Sozialisten kündigten weitere Interpellationen über eine ganze Reihe ähnlich gelagerter Fälle an. Einer davon hat bereits die Kammer beschäftigt. Zwei Leutnants, die bei Meuse Reite ihres zerstreuten und zum größten Teil in Gefangenschaft geratenen Bataillons gefammelt und zurückgeführt hatten, waren ohne Kriegsgerichtsursprung, auf Befehl des Divisionsmarschalls wegen Feigheit erschossen worden. Auch hier hat eine nachträgliche Aufklärung die Rehabilitierung gebracht.

In Beantwortung der Interpellationen hat der Kriegsminister Barthou die Ueberzeugung ausgesprochen, daß in solchen Fällen unmöglich die Schuldfrage aufzuweisen sei. Wie

schmerzlich auch solche Vorfälle seien, sie müßten auf das Konto besonderer Kriegsumstände gesetzt werden. Die öffentliche Meinung hat sich mit dieser Erklärung abgefunden. Ob sie es auch tun wird, wenn der Gerichtshof in Leipzig zu ähnlicher Erkenntnis kommen sollte?

Die Genehmigung der Landeselektrizitätsversorgung und der Recharakterisierung im Badischen Landtag

In seiner heutigen Sitzung beratschlagte der Badische Landtag zwei wirtschaftspolitische Gesetze von eminenter Bedeutung: die Landeselektrizitätsversorgung und die Recharakterisierung. Wir haben die Bedeutung der Landeselektrizitätsversorgung bereits in eingehender Weise dargelegt, so daß deren Wichtigkeit allgemein verstanden wird. Erhält doch durch die Landeselektrizitätsversorgung, dem kommenden „Badenwerk“, die Weiterentwicklung der Verwertung unserer Wasserkraft eine klare, einseitige Linie. Durch die zu errichtende Aktiengesellschaft, deren Aktien Staatsbesitz bleiben, wird es, unter Zuhilfenahme von Obligationen, denen das Bürgerwerk und Staatsbürgerhaft als Sicherheit dienen, möglich, die badischen Wasserkraft durch den Staat auszubauen, wenn dies auch in Form einer Aktiengesellschaft geschieht. Wenn wir auch ein reines Staatsunternehmen lieber gesehen hätten, so ist es uns doch sehr wohl, daß der Ausbau durch eine Aktiengesellschaft erfolgt, deren Aktien im Staatsbesitz sind, da hierdurch verhindert wird, daß die Wasserkraft dem Privatkapital anheimfallen. Wir anerkennen deshalb die Initiative des Arbeitsministeriums und der Regierung in dieser Frage und freuen uns, daß das Gesetz von den Mehrheitsparteien einstimmig angenommen wurde, denen sich allerdings die Deutschnationalen als Reinsager widersetzen, was sie — sehr charakteristisch — damit begründeten, weil das Privatkapital nicht zur Mitarbeit beigezogen wird. Im Gegensatz zu dieser deutschnationalen Auffassung erhoben wir aus gemeinsamen Gründen daraus, daß der Staat die Aktiengesellschaft in Händen hat, die beste Entwicklung für die Zukunft.

Des Weiteren kam in der heutigen Sitzung noch die Recharakterisierung zur Genehmigung, womit eine oft ventilierte Frage zur Erledigung kommt. Mit einigen Verbesserungen kam aus dieses Gesetz zur Annahme und zwar einstimmig. Wir wollen hoffen, daß die beiden großen Gesetze wertvolle Bausteine in unserer weiteren Entwicklung bedeuten mögen.

46. öffentliche Sitzung

gr. Karlsruhe, 1. Juli.

Präsident Rapp eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr.

Landeselektrizitätsversorgung

Abg. Marum (Soz.):

Namens des Ausschusses habe ich über den Gesetzentwurf zur Landeselektrizitätsversorgung zu berichten. Durch das Bürgerwerkgesetz vom 5. Dezember 1912 ist das staatliche Bürgerwerk errichtet worden, das nicht nur vom Staat errichtet und betrieben, sondern auch nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen betrieben wird. Ursprünglich handelte es sich hierbei nur um die Wasserkraft; die Vermittlung der elektrischen Kräfte sollte den Großabnehmern überlassen bleiben. Das Werk und die Weiterleitungen nahmen jedoch immer größere Dimensionen an. Der erste Ausbau des Bürgerwerks ist fertig; dem zweiten Ausbau sind verschiedene Vorbereitungsarbeiten erledigt. Dazu nahm auch der Staat die Verleitung der elektrischen Arbeit in die Hand. Das Bürgerwerk allein ist nicht in der Lage, die Versorgung der elektrischen Kräfte bewältigen zu können.

weiterer Ausbau

Der vorhandenen Wasserkraft zur Beschaffung elektrischer Energie ist nötig, um den Bedarf der Wirtschaft zu befriedigen. Die vorhandenen Wasserkrafts Oberheimwerk, Schluchsee- und Grottenwerke sind deshalb nutzbar gemacht worden. Die Gesamtsumme der für das Bauprogramm betragen rund 1/2 Milliarden. Durch Steuern kann man diese Mittel nicht beschaffen. Ebenso ist der Weg kurzfristiger schwebender Schulden nicht gangbar. Am liebsten wäre dem Ausschuss der Weg von Staatsanleihen gewesen, doch liegen die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt so, daß dies heute nicht möglich ist; sowohl wegen des niedrigen Kurses der Staatsanleihe wie wegen der Schwierigkeit, durch eine Staatsanleihe die Mittel hierfür zu bekommen, da das

gen würden. Starzenski hat sich auf überläufige von seinen Schwägern und ihren Gläubigern bestimmt, er wies aber, nachdem er getan, was in seinen Kräften stand, alle weitere Anforderung handhaft von sich und hatte das Vergnügen, Elgen in ihren Gefinnungen mit den seinigen ganz übereinstimmen zu sehen. Ja, als die Brüder, gleichsam zum letzten Versuch, sich auf dem Schlosse des Grafen einfanden, sahen sie sich von der Schwester mit Borwürfen überhäuft, und man sah die beinahe in Feindschaft.

„So gingen mehr als zwei Jahre vorüber, und der Friede des Jungens blühte, nach überhandten Stürmen, nur um so schöner empor. Sah sich gleich der Graf in seinen Wünschen nach einem männlichen Stammsolter fortwährend getrieben, so wendete sich dafür eine um so größere, eine ungeteilte Liebe auf das teure, einzige Kind.“

Kaum konnte aber auch etwas Reizenderes gedacht werden, als das kleine, rasch sich entwickelnde Mädchen. In allen schon angelegentlichsten Formen der Mutter Abbild, schien sich die schaffende Natur bei dem holden Mädchen in einem seltsamen Spiele gefangen zu haben. Wenn Elga bei der Schwärze ihrer Haare und Brauen durch ein hellblaues Auge auf eine eigene Art reizend antrat, so war bei dem Kinde diese Verführung des Gewöhnlichen nachgeahmt, aber wieder verkehrt; denn goldene Locken ringelten sich um das zierliche Hauptchen, und unter den langen blonden Wimpern barg sich, wie ein Häubchen vor der Sonne, das große, schwarzglänzende Auge. Der Graf scherzte oft über diese, wie er es nannte, auf den Kopf gestellte Ähnlichkeit, und Elga drückte dann das Kind inniger an sich und ihre Lippen haften auf den gleichgeschwellten, strahlenden von gleichem Rot.

Der Graf schenkte alle Stunden, die er nicht den häuslichen Freuden schenkte, einzig der Wiederherstellung seiner, durch die unüberlegte Freigebigkeit an Elgas Verwandte herabgelassenen Vermögensumstände und der Verbesserung seiner Güter. Zugelang durchging er Weidwerke und Fruchtgärten, Saatfelder und Holzschläge, immer von seinem Hausverwalter begleitet, einem alten, redlichen Manne, der, vom Vater auf den Sohn berechtigt, dessen ganzes Vertrauen besaß. Schon seit längerer Zeit bemerkte Starzenski eine auffallende Mühseligkeit in den Zügen des Alten. Wenn er unermüdet sich nach ihm umwendete, überraschte er das sonst immer heitere Auge beinahe wehmütig auf sich gesetzt. Doch schwebte der Mann,

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 151

Publikum anleihen ding wo Staatsa

zu grün übertrag Obligati

was unli lüftenap wortlich trischer trat dah war nur Weg schi Obligati müßen li übertrag sberisch bern der weß aus gang nur bleiden. hierüber Ausfühb Stimmun werles sch mit Reim beiß des Gesches

erfordertli Obligati schaffen. eine Hypo in erstell nimt da beßelt an leben. T

folll haro das öffentl Personen ragen un sollen nid Interressen Mögliche ren. Die gnebnis: T ungen; i Enthaltun Einmütigk Lande zur

Abg. standen, werden, an. Aber ten Aktier schein un geber, son ja den Vord das Gesche

Abg. Betreter wurde. Abg. gezeit. Abg. dem Geset Der Antr Jentriums wert“.

Die l Errichtung Stimmun nommen.

Die G Dringlichst Verhältniß gearbeitet. Anspannu ministeriu herrschten fraktionen für diese ausprechen o r den i wegen die find mit gängen, un d a s u m

Abg. mernung f nicht geg Abg. i Situngen soll. Man gearbeitet schuß bald mehl und Galt, sonde

Die A mit erledigt Um 13

Von de eingegangen Der Antr

Durch die Baden, Wir mußte überhafter n Vorteile der ferer Anbu der Kräftege haben wird, heitsgeleg Staaten beichthalt gegeb Auschub au

Die heutige 14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands...

Wir fordern Beibehaltung des Beitrags zur Bearbeitung der Grundlinien für die praktische Durchführung des Gesetzes...

Weiter verlangen wir Ablehnung des bürokratischen Inkongruenzapparates, welcher nicht fördernd, sondern nur hemmend für die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wirken muß...

Die Reorganisation der Krafterzeugung und -verteilung ist den Bezirksförperschaften zu überlassen und die Reichszentralen sind lediglich auf finanzielle und überwachende Funktionen zu beschränken...

Als berufene Gewerkschaft verpflichtet die Generalversammlung alle Funktionäre des Verbandes, dafür zu wirken, daß die Sozialisierung der Energieerzeugung und -verteilung in diesem Sinne weitergeleitet wird...

Die 14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands sieht in den Bestrebungen einer systematischen organisatorischen Umgestaltung der Gewerkschaften keinen Fortschritt...

Die Eigenarten der jetzt bestehenden Berufs- und Industrieverbände, speziell des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, sind berufslich so einschneidend, daß jede Schematisierung eine empfindliche Schädigung der Arbeits- und Lebensbedingungen jedes einzelnen Berufskollegen nach sich ziehen würde...

Die Gestaltung der Gewerkschaftsbewegung kann nicht gemeinsam in andere Formen gezwungen werden, sondern muß sich der Entwicklung der einzelnen Berufe und Industrien anpassen...

Nicht die Anzahl der zum Beruf oder zur Industrie gehörenden Arbeiter kann als Grundlage zur Entscheidung der Existenzberechtigung dienen, sondern die volkswirtschaftliche Bedeutung des Berufes...

Die Generalversammlung fordert deshalb alle Funktionäre auf, jeder gewerkschaftlichen Zersplitterung unserer Berufscollegen energisch entgegenzutreten...

Unsere Aufgabe ist nach wie vor, alle Arbeiter der kraft-erzeugenden und -verteilenden Industrie, das technische Personal der einzelnen Betriebe, der Industrien und der Verkehrsgebiete in einem geschlossenen Einheitsbund zusammenzufassen...

Rudolf Schlichting.

Aus der Stadt
Geschichtskalender
2. Juli. 1778 Jean Jacques Rousseau, franz. Philosoph in Ermenonville. — 1820 Revolution in Neapel. — 1911 Der Wustdirigent Felix Mottl in München.

3. Juli. Wilhelm Danczewer, sozialdemokratischer Agitator in Schönberg. — 1919 Die Nationalversammlung bestimmt als Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold.

Karlsruher Parteinachrichten
Berlin Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Der für morgen beabsichtigte Besuch der Naturbühne Deligheim muß wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. — Es findet ein Radmittags-spaziergang statt; Treffpunkt und Abmarsch 1/2 Uhr am Mühlburger Tor.

Tagblatt „Demokratie“
Wie wenig die Blätter, die nach dem Zusammenbruch bloßlich „demokratisch“ genormen sind, befähigt sind, die Demokratie wirklich in sich aufzunehmen, zeigt das „Karlsruher Tagblatt“, das einem gewissen Dr. Hartwig, der anscheinend die Tinte nicht halten kann, in 3 Fortsetzungen für seine politischen Kannegiehereien verbunden mit offenen und vertekeltten Angriffen gegen die Sozialdemokratie gewährt. Derselbe liest den Arbeitern ein Privatgespräch, die im Interesse des Kapitalismus ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zurückstellen sollen. Er meint: Die Sozialdemokratie und andere weite Kreise des Volkes verkennen hier Ursache und Wirkung. Mit der Vertilgung des Militarismus, mit der Erteilung des Wahlrechts an Halb-mündige, mit der Zurückdrängung ständischer Autorität und anderen dem Instinkt der Straße wohlgefälligen „Errungenschaften“ hat noch kein Volk der Geschichte eine gesunde Wirtschaftspolitik als Folge erreicht und noch weniger einen Wiederaufbau ins Werk setzen können; wenn eben nicht die höchste Probe aus hier als „Erfolg“ bewertet werden soll.

An einer anderen Stelle schwärmt der Herr für die alten monarchischen Geschichtshelden, die nach seiner Meinung unter dem Einfluß der Sozialdemokratie im Unterricht der Schulen schlecht behandelt werden. Er schreibt: Sozialdemokratie und auch andere Teile unseres Volkes bemühen sich im trauten Verein, der deutschen Jugend jeden Standes, das Lebensbild und Lebenswerk der Großen in der deutschen Geschichte fernzuhalten. Die Laten eines Großen kurzfüßten, Friedrichs des Großen, sind mit Stillschweigen zu übergehen, weil sie militärisch, reaktionär und nicht patriotisch sind.

Nur der parteipolitische Phrasenheld der ausländische hergelauene Volksbegluder und ähnliche Größen sind es wert, in den Schulen als Helden vorbildlich zu dienen. Geschichte ist nur im Lichte und Dienste der Politik zu lehren.

Nette Demokraten das, die über die Beseitigung des Militarismus und die Wahlmündigkeit der Staatsbürger so urteilen wie genannter Herr Doktor. Seine Meinung über „die Großen in der deutschen Geschichte“ rückt stark nach Monarchismus und keine Meinung über die „ausländischen hergelauenen Volksbegluder“ nach Vier-ban-Antisemitismus. Jawohl, Herr Doktor! Geschichte ist nur im Dienste der Politik zu lehren. D. h. zur politischen Aufklärung des Volkes, das den „Helden“ Ihres Ideals soviel Blutopfer bringen mußte, daß es sich lohnt, dieselben in neuen Schulbüchern entsprechend zu behandeln. Wenn die Tagblatt-Demokratie hierüber anderer Meinung ist, so beweist das, daß dieses Papier trotz seines demokratischen Mäntelchens noch genau so reaktionären Zwecken dient, wie früher.

Karlsruher Herbstwoche 1921
Im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche findet auch eine Badische Möbelschau statt, die vom 23. September bis 6. Oktober dauert und in der Ausstellungshalle in Karlsruhe abgehalten wird. Sie wird vom Verband der Holzindustrie (Eich Karlsruhe) und dem Badischen Kunstgewerbeverein veranstaltet. Die Möbelschau will die Erzeugnisse der badischen Möbelindustrie in gediegener Ausführung und Formschönheit dem Publikum vor Augen führen; der Badische Kunstgewerbeverein wird mit Erzeugnissen der freien und angewandten Künste die zur Ausstellung kommenden Gegenstände und die einzelnen Ausstellungsräume aus schmücken. Bis jetzt hat eine Reihe der namhaftesten Möbelindustriefirmen aus ganz Baden die Teilnahme zugesagt.

Der Verbandstag begrüßt die Beschlüsse der gesetgebenden Körperschaften in Hamburg und Bremen, Hilfsbeamte aus den Reihen der Maschinisten und Heizer zur Revision der Dampfkessel heranzuziehen und fordert, daß auch in anderen Ländern des Reichs Vertreter der Maschinisten und Heizer den Dampfkesselrevisionsvereinen beigeordnet werden.

Am Interesse ihrer selbst sowie der Allgemeinheit fordert die Generalversammlung ihre Mitglieder und Funktionäre auf, in diesem Sinne zu wirken und die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.

Hierauf beratscheln sich die Vertreter der Bruderorganisationen von Oesterreich und der Tschecho-Slowakei. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Internationale der Maschinisten und Heizer unter der Führung Deutschlands gegründet werde.

Verbandsvorsitzender Mebe sagt tatkräftige Förderung dieses Projekts zu.

Der Verbandstag vertagt sich auf Samstag.

Aus dem Lande

r. Durmersheim, 30. Juli. Sonntag, 3. Juli, begeht der Arbeitergesangverein in Vietigheim das Fest seiner Fahnenweihe. An die Mitglieder des Ortskartells ergoht das Ersuchen, sich recht zahlreich an dieser Feier zu beteiligen. Abmarsch 1/2 Uhr von der „Krone“.

Muggensturm, 20. Juni. Bekanntlich müssen die hiesigen Fliegerhallen auf Veranlassung der Entente abmontiert werden. Es entsteht dadurch sowohl für das Reich als für unseren Ort ein großer Schaden. Gatten sich doch in letzter Zeit mehrere auswärtige Firmen bemüht, die Fliegerhallen käuflich zu erwerben, um dort Fabrikanlagen einzurichten, wodurch besonders der hiesigen Arbeiterschaft reichliche Beschäftigung am Platze ermöglicht worden wäre.

Steinbach, 1. Juli. Todesfall. Einem Gehirnschlag auf offener Straße erlag Oekonomierat Schöneker aus Rastatt.

* Mannheim, 1. Juli. Selbstmordversuch. Gestern vormittag nahm die Mutter eines 17 Jahre alten Burschen, der sich vor dem Jugendgericht zu verantworten hatte, im Gerichtsfoale Gift. Sie wurde ins Krankenhaus verbracht.

* Mannheim, 1. Juli. Selbstmord. In einem Haus erschoss sich hier ein 24 Jahre alter Kohlegeher aus Liebesgram. Er schloß die Tür ab und verbrannte sich selbst mit Petroleum.

* Konstanz, 1. Juli. Verhaftung. Laut „Konstanzer Zeitung“ wurden hier zwei Arzneimittelschleier, der eine aus Mannheim, der andere aus Rehl am Rhein, verhaftet, die im Besitz von Kokain im angeblichen Werte von 284 000 M waren. Das Kokain muß allerdings zunächst auf seine Echtheit untersucht werden. Es wurde beschlagnahmt.

* St. Blasien, 30. Juni. Die Reichspostverwaltung hat auf 1. Juli die Autolinien „Motorwagen-Gesellschaft m. b. H. St. Blasien“ käuflich erworben. Die bisherigen Kurse der Gesellschaft St. Blasien-Tiitsee, St. Blasien-Albrun-Baldschütz-Högenhöwand-St. Blasien, Tiitsee-Zellberg und Todmoo-St. Blasien-Freiburg werden unverändert weiter gefahren. Außerdem wird die Reichspostverwaltung ab 10. Juli eine neue Linie St. Blasien-Bernau-Schnau eröffnen. Auch die Autolinie Todmoo-Wehr geht am 1. Juli in den Besitz und Betrieb der Reichspostverwaltung über.

Die Preußen kommen! Die Bläse für die ersten von Berlin nach Süddeutschland gehenden Sonderzüge waren in Berlin in wenigen Stunden ausverkauft.

Einkommensteuerpflicht für Ueberstundenvergütung. Nach einem Erlass des Reichsfinanzministers können die für Ueberstunden gewährten Vergütungen vom Steuerabzug freigelassen werden. Nichtbesteuert sind die der Einkommensteuer unterworfen und müssen bei der endgültigen Veranlagung zu dieser berücksichtigt werden.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 2. Juli.
Geschichtskalender

2. Juli. 1778 Jean Jacques Rousseau, franz. Philosoph in Ermenonville. — 1820 Revolution in Neapel. — 1911 Der Wustdirigent Felix Mottl in München.

3. Juli. Wilhelm Danczewer, sozialdemokratischer Agitator in Schönberg. — 1919 Die Nationalversammlung bestimmt als Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold.

Karlsruher Parteinachrichten
Berlin Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Der für morgen beabsichtigte Besuch der Naturbühne Deligheim muß wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. — Es findet ein Radmittags-spaziergang statt; Treffpunkt und Abmarsch 1/2 Uhr am Mühlburger Tor.

Tagblatt „Demokratie“
Wie wenig die Blätter, die nach dem Zusammenbruch bloßlich „demokratisch“ genormen sind, befähigt sind, die Demokratie wirklich in sich aufzunehmen, zeigt das „Karlsruher Tagblatt“, das einem gewissen Dr. Hartwig, der anscheinend die Tinte nicht halten kann, in 3 Fortsetzungen für seine politischen Kannegiehereien verbunden mit offenen und vertekeltten Angriffen gegen die Sozialdemokratie gewährt. Derselbe liest den Arbeitern ein Privatgespräch, die im Interesse des Kapitalismus ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zurückstellen sollen. Er meint: Die Sozialdemokratie und andere weite Kreise des Volkes verkennen hier Ursache und Wirkung. Mit der Vertilgung des Militarismus, mit der Erteilung des Wahlrechts an Halb-mündige, mit der Zurückdrängung ständischer Autorität und anderen dem Instinkt der Straße wohlgefälligen „Errungenschaften“ hat noch kein Volk der Geschichte eine gesunde Wirtschaftspolitik als Folge erreicht und noch weniger einen Wiederaufbau ins Werk setzen können; wenn eben nicht die höchste Probe aus hier als „Erfolg“ bewertet werden soll.

An einer anderen Stelle schwärmt der Herr für die alten monarchischen Geschichtshelden, die nach seiner Meinung unter dem Einfluß der Sozialdemokratie im Unterricht der Schulen schlecht behandelt werden. Er schreibt: Sozialdemokratie und auch andere Teile unseres Volkes bemühen sich im trauten Verein, der deutschen Jugend jeden Standes, das Lebensbild und Lebenswerk der Großen in der deutschen Geschichte fernzuhalten. Die Laten eines Großen kurzfüßten, Friedrichs des Großen, sind mit Stillschweigen zu übergehen, weil sie militärisch, reaktionär und nicht patriotisch sind.

Nur der parteipolitische Phrasenheld der ausländische hergelauene Volksbegluder und ähnliche Größen sind es wert, in den Schulen als Helden vorbildlich zu dienen. Geschichte ist nur im Lichte und Dienste der Politik zu lehren.

Nette Demokraten das, die über die Beseitigung des Militarismus und die Wahlmündigkeit der Staatsbürger so urteilen wie genannter Herr Doktor. Seine Meinung über „die Großen in der deutschen Geschichte“ rückt stark nach Monarchismus und keine Meinung über die „ausländischen hergelauenen Volksbegluder“ nach Vier-ban-Antisemitismus. Jawohl, Herr Doktor! Geschichte ist nur im Dienste der Politik zu lehren. D. h. zur politischen Aufklärung des Volkes, das den „Helden“ Ihres Ideals soviel Blutopfer bringen mußte, daß es sich lohnt, dieselben in neuen Schulbüchern entsprechend zu behandeln. Wenn die Tagblatt-Demokratie hierüber anderer Meinung ist, so beweist das, daß dieses Papier trotz seines demokratischen Mäntelchens noch genau so reaktionären Zwecken dient, wie früher.

Karlsruher Herbstwoche 1921
Im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche findet auch eine Badische Möbelschau statt, die vom 23. September bis 6. Oktober dauert und in der Ausstellungshalle in Karlsruhe abgehalten wird. Sie wird vom Verband der Holzindustrie (Eich Karlsruhe) und dem Badischen Kunstgewerbeverein veranstaltet. Die Möbelschau will die Erzeugnisse der badischen Möbelindustrie in gediegener Ausführung und Formschönheit dem Publikum vor Augen führen; der Badische Kunstgewerbeverein wird mit Erzeugnissen der freien und angewandten Künste die zur Ausstellung kommenden Gegenstände und die einzelnen Ausstellungsräume aus schmücken. Bis jetzt hat eine Reihe der namhaftesten Möbelindustriefirmen aus ganz Baden die Teilnahme zugesagt.

Der Verbandstag begrüßt die Beschlüsse der gesetgebenden Körperschaften in Hamburg und Bremen, Hilfsbeamte aus den Reihen der Maschinisten und Heizer zur Revision der Dampfkessel heranzuziehen und fordert, daß auch in anderen Ländern des Reichs Vertreter der Maschinisten und Heizer den Dampfkesselrevisionsvereinen beigeordnet werden.

Am Interesse ihrer selbst sowie der Allgemeinheit fordert die Generalversammlung ihre Mitglieder und Funktionäre auf, in diesem Sinne zu wirken und die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.

Hierauf beratscheln sich die Vertreter der Bruderorganisationen von Oesterreich und der Tschecho-Slowakei. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Internationale der Maschinisten und Heizer unter der Führung Deutschlands gegründet werde.

Verbandsvorsitzender Mebe sagt tatkräftige Förderung dieses Projekts zu.

Der Verbandstag vertagt sich auf Samstag.

Aus dem Lande
r. Durmersheim, 30. Juli. Sonntag, 3. Juli, begeht der Arbeitergesangverein in Vietigheim das Fest seiner Fahnenweihe. An die Mitglieder des Ortskartells ergoht das Ersuchen, sich recht zahlreich an dieser Feier zu beteiligen. Abmarsch 1/2 Uhr von der „Krone“.

Muggensturm, 20. Juni. Bekanntlich müssen die hiesigen Fliegerhallen auf Veranlassung der Entente abmontiert werden. Es entsteht dadurch sowohl für das Reich als für unseren Ort ein großer Schaden. Gatten sich doch in letzter Zeit mehrere auswärtige Firmen bemüht, die Fliegerhallen käuflich zu erwerben, um dort Fabrikanlagen einzurichten, wodurch besonders der hiesigen Arbeiterschaft reichliche Beschäftigung am Platze ermöglicht worden wäre.

Steinbach, 1. Juli. Todesfall. Einem Gehirnschlag auf offener Straße erlag Oekonomierat Schöneker aus Rastatt.

* Eine Bürgerausführung findet am Freitag, 16. Juli, nachm. 4 Uhr, im großen Rathausaal statt.

* Die Planeten im Juli. Merkur wird gegen Ende d. M. auf kurze Zeit des Morgens im Nordosten sichtbar, zuletzt eine Viertelstunde. Venus: Die Dauer der Sichtbarkeit nimmt noch zu bis auf 2 1/2 Stunden. Mars bleibt noch unsichtbar. Jupiter wird mit Ende d. M. ganz sichtbar. Saturn: Die Dauer der Sichtbarkeit nimmt weiter schnell ab und beträgt am Ende d. M. noch einige Minuten.

+ Ueber den Siebenschlüfer. Von der Wetter- und Sonnenwarte Högenhöwand wird uns geschrieben: In den letzten Tagen haben mehrere Zeitungen, vornehmlich die auf dem Lande verbreiteten, teilweise in längeren Ausführungen, die alte Volksweiserregel vom Siebenschlüfer in Erinnerung gebracht. Diese Regel, die besagt, daß sieben Wochen lang Regenwetter herrschen soll, wenn es am 27. Juni, dem Siebenschlüfer, geregnet hat verdient diese Beachtung nicht. Es ist schon längst an Hand vieljähriger Witterungsbeobachtungen nachgewiesen worden daß diese Wetterregel nicht zutrifft. Schon die Vorstellung, daß es sieben Wochen lang täglich regnen soll ist ein Unbding. In Berlin hat es z. B. noch nie länger als 18 Tage hintereinander geregnet, in Karlsruhe nie länger als 21 Tage und auch dann nicht ununterbrochen. Es besteht aber auch kein Zusammenhang zwischen der Niederschlagsmenge der Tage um den 27. Juni und jener der folgenden 7 Wochen. Das einzige positive Forschungsergebnis in Bezug auf die Siebenschlüferregel ist das, daß in Deutschland häufig aber keineswegs in allen Jahren um den 1. Juli und um den 1. August Regengüsse eintreten. Vom Beginn der ersten Regenzeit bis zum Ende der zweiten sind etwa 6 bis 8 Wochen. Zwischen beiden Regenzeiten ist es aber häufig auch sehr trocken.

1. Karlsruhe Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit. In der am 30. Juni im Anhaltsgesamte stattgehabten ordentlichen Mitgliederversammlung stand unter anderem die Erneuerungswahl von 8 auscheidenden und Ergänzungswahl von 8 auscheidenden Mitgliedern des Ausschusses zur Wahl. Da in dem Wahlvorschlagnach dem Vorstande die Kleinrentenrentner trotz früherer Zustimmung weitgehender Berücksichtigung nur einzeln vertreten waren, lag ein Gegenorschlag aus Mitgliederkreisen selbst vor, welcher letzterer dann auch mit 600 Stimmen gegen 241 Stimmen die Vorstandsliste auf sich vereinigte, einen beachtenswerten Sieg davontrug.

n. Rintheim. Die Parteiverammlung war gut besucht. An Stelle des verhinderten Genossen Grimm, dessen Vortrag auf die nächste Versammlung zurückgestellt wurde, hielt Bezirksrat Gen. Oberhardt einen Vortrag über „Die Erhaltung der neuen Erde“, welcher eine sachliche Diskussion über die seitherige Zwangsverpflichtung und das zukünftige Umlageverfahren getrigte. Nachdem noch das kirchlich gefällene Gesetz mit seinen nachteiligen Folgen auf dem Gebiete der Bodenpolitik besprochen war, die Nachlässigkeit der Stadtverwaltung gegen die auch in den Vororten stark auftretende Müselpflege kritisiert wurde, erfolgte nach 11 Uhr Schluß der Versammlung.

1. Ruppurr. Unser Arbeiter-Turnverein hält morgen Sonntag mittag im Bahnhofsotel sein Gartenfest ab. Vorher findet ein Umzug der Turnerinnen und Turner durch die Straßen von Ruppurr und der Gartenstadt statt. Die Bevölkerung insbesondere die arbeitende, wird ersucht, sich zahlreich zu der Veranstaltung einzufinden, denn die Arbeiterturner haben schon oft die Festlichkeiten der Arbeiter verdammern lassen. Es ist also Gelegenheit gegeben, eine Art Dankeschön durch den Besuch der Veranstaltung abzugeben. Deshalb erscheint zahlreich, unterstützt die idealen Bestrebungen der Turner. Für Belustigung für Jung und Alt ist bestens gesorgt.

s. Ruppurr. Am Mittwoch abend fand in unserem Bezirksverein die Monatsversammlung statt, die wieder sehr mäßig besucht war. Genosse Höhn machte einige Mitteilungen aus dem Parteileben und berichtete über die Neuanordnungen von unierer Wählerzeit, deren eifrige Vertilgung er den Genossen empfahl. Genosse J. Seiler hielt den angekündigten Vortrag über „Die politische Lage“. In gut durdachtem Vortrage, unterstützt durch ausgiebiges Material, beleuchtete er unsere politische Lage vor und seit der Annahme des Minimalums, wonach er schließlich die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete ausführlich behandelte. Der Vortrag blieb ohne Diskussion. Die Genossen Höhn und Hürschig behandelten dann noch die Frage der Verschmelzung von Baden und Württemberg in Anlehnung auf die kürzlich auch hier veröffentlichten Ausführungen des Arbeitsministers Gen. Engler.

Krankenkasse des Verbandes der Beamten und Lehrereine Baden. Am 19. Juni fand in Karlsruhe die 1. Hauptversammlung der Krankenkasse des Verbandes der Beamten und Lehrereine Baden e. V. statt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wieder gewählt. Es wurde die Errichtung von Zwangsrentenstellen für die Beamten gefordert.

* Sammlung zugunsten unserer in große Not geratenen Oberlehrer. Mit den vom Ortsauschuß Karlsruhe für das Oberlehrer-Hilfswerk geplanten Haus- und Straßenammlungen wird bereits heute Samstag begonnen, und zwar werden an diesem Tage die Sammlungen von Haus zu Haus stattfinden, die Straßenammlungen dagegen werden am Sonntag vorgenommen. Spenden reichlich für unsere oberlehrerlichen Mitbrüder! Das sei die Lösung für jedermann am Samstag und Sonntag.

Die Turn- und Sportfilmvorführungen veranstaltet vom „Süddeutschen Illustrierten Sport“ mit Unterstützung der Badischen Lichtspiele für Schule und Volkshochschule haben gestern begonnen. Die ersten Radmittagsstunden sind für die Schulen und Jugendvereine reserviert, während die Abendvorstellungen ab 5 Uhr von jedermann gegen Lösung der üblichen Eintrittskarten besucht werden können. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß zwei verschiedene Programme gezeigt werden. Zu jedem Programm ist eine besondere Eintrittskarte erforderlich. Die Vorführungsdauer der einzelnen Programme beträgt etwa 1 1/2 Stunden.

Freireligiöse Gemeinde. Kommenden Sonntag spricht Dr. Karl Weichmann, vorm. 10 Uhr, in den vier Jahreszeiten, Hebelstraße hier, über „Die freie Religion als die Weiße unseres Lebens“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Geschichtungen. Ferdinand Meier von Elm, Schlosser hier, mit Magdalena Seiler von Oberwasser. Oskar Löhle von Karlsruhe, Verj. Beamter hier, mit Theresia Gauber von Oberwasser. Ernst Straub von St. Leon, Steuerbevollmächtigter hier, mit Johanna Sud von Karlsruhe. Wilhelm Kling von Karlsruhe, Kaufmann hier, mit Berta Wilderer geb. Mayer von Weil im Dorf.

Geburten. Oskar Philipp, B. Philipp Schardt, Kaufmann. Irma Angelika, B. Wilhelm Flubacher, Bahnarbeiter. Max Hubert, B. Max Hugo, Kaufmann. Ferdinand, B. Ferdinand Meißner, Lehrmittelschullehrer. Klara Elisabeth, B. Albert Erath, Schreiner. Anna Margarete, B. Max Meyer, Professor. Paul Berner, B. Anton Straub, Hausmeister.

Todesfälle. Gustav Eub, Chem. Privatmann, alt 77 Jahre. Helmut alt 4 Monate 28 Tage, B. Friedrich Arnold, Wäder. Barbara Diehl, alt 68 Jahre, Ehefrau des Aufseheren Sch. Diehl. Hermann Bögele, ledig, Opemlänger, alt 29 Jahre. Paula Augler, ledig, Dienstmädchen, alt 28 Jahre.

Das Stadtgartenfest zu Gunsten des Oberschlesier-Gildwerks heute Samstag, soll sich zu einer machtvollen Kundgebung der Karlsruher Bevölkerung gestalten. Schon das reichhaltige Konzertprogramm wird in Verbindung mit der nach Einbruch der Dunkelheit stattfindenden bengalischen Beleuchtung der Anlagen am Stadtgartenfest seine Anziehungskraft auf das Publikum nicht verkennen. Aber auch abgesehen hiervon gilt es, an diesem Abend durch einen Masseneinsatz zu zeigen, daß auch Karlsruhe gewillt ist, für die schwer heimgejagten Brüder und Schwestern in Oberschlesien freudig Opfer zu bringen. Bei schlechter Witterung findet das Konzert in der Festhalle statt.

Sonntagskonzert im Stadtgarten. Am nächsten Sonntag, 8. Juli ds. J., spielen im Stadtgarten vormittags von 11-12 Uhr die städt. Schülerkapelle (das übliche Promenadenkonzert), nachmittags von 4-7 Uhr die Feuerwehrkapelle. Beim Nachmittagskonzert wird außerdem der Männergesangsverein „Vallarta“ (180 Sängern) einige Chöre zum Vortrag bringen, so u. a. „Maientag“ v. Schaub, „Ich liebe dich“ v. Jannemann, „Gedacht im Walde“ v. Berth, „Waldesjauber“ v. Aht, „Der Jäger aus Kurpfalz“ v. Obereggen. Für die Orchesterbeiträge hat Herr Obermusikmeister a. D. Schotte ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Vorkonzert von Eintrittskarten beim Verkehrsverein und an den Schalterkasten des Stadtgartens. Bei ungünstigem Wetter findet die Veranstaltung im großen Festhallaal statt.

Ein Johanna Strauß-Abend im Stadtgarten. Der Stadtgartenkommission ist es gelungen, für Dienstag, den 5. Juli ds. J., abends 8 Uhr den Komponisten und Dirigenten Johann Strauß aus Wien mit der Harmonikabteilung zu einem Dirigentenkonzert im Stadtgarten zu verpflichten. Zum Vortrag gelangt ein Wiener Quatuor, darunter eine Anzahl eigener Kompositionen des Meisters. Die Veranstaltung wird die stimmungsvolle Note eines heiteren Wiener Operetten-Abends erhalten und sicherlich große Zugkraft ausüben. Eintrittskarten im Vorverkauf beim Verkehrsverein und an den Schalterkasten des Stadtgartens.

Öffentliches Promenadenkonzert auf dem Schloßplatz. Auf Anregung des Verkehrsvereins veranstaltet die Kapelle des Musikvereins Harmonie am Sonntag, den 3. Juli, auf dem Schloßplatz in der Zeit von 11-12 Uhr ein öffentliches Promenadenkonzert.

Der Bezirksverein der Rechtsanwaltskassen hielt hier in den letzten Tagen eine Versammlung ab. Es wurde beschlossen, auf dem Verbandstage in Würzburg den Antrag einzubringen betr. die Einziehung einer Geschäftsstelle in Süddeutschland und ferner den Antrag, der Hauptortstadt möge bei den maßgebenden Stellen dahin wirken, daß Rechtsanwalts-Bürovorbesitzer, die mindestens 15 Jahre auf einem Anwaltsbüro tätig und mit den erforderlichen Gelehrtenkenntnissen vertraut sind, als Rechtsagenten zugelassen werden. Die nächste Tagung soll in Baden-Baden stattfinden.

Verhaftet wurden 1 Schlosser von hier, 1 Hotelbier aus Wehrden (Schweiz), beide wegen Fahrerdiebstahle; ein Kollerarbeiter aus Mannheim wegen Raubs.

Die Musikstunde

Die unserer heutigen Auflage beiliegende Nummer der 62. Woche der „Musikstunde“ hat folgenden Inhalt: Mich selber; von Carl Hauptmann. Die Farmerstöchter; von W. Jotai. Mensch und Tod; von Gregor. Für unsere Frauen: Die Hofenbe; von Alfons Rebhold. Weibliche Robinsons; von Prof. Dr. Walter May-Karlsruhe. Aus Welt und Wissen. Rätsel. Witze und Humor.

Valuta-Bericht vom 1. Juli

Markkurs in der Schweiz ca. 7.90. Auszahlung Holland notierte 24.85 M. per Hfl. Auszahlung Schweiz notierte 12.61 M. per Schw. Fr. Auszahlung England notierte 278 1/2 M. per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 6.01 M. per frz. Fr. Auszahlung Neuhport notierte 74.75 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 2. Juli 1921

Die Luftdruckkurve über Süddeutschland hat gestern in Baden starke Regenfälle verursacht, über Nacht ist jedoch Aufheiterung eingetreten, die von Bestand sein wird. Voraussichtliche Witterung bis Sonntag nacht: Meist heiter, wieder wärmer, strichweise Gewitter.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 179, gest. 29 Ztm. Rehl 255, gest. 19 Ztm. Maxau 307, gest. 6 Ztm. Mannheim 278, gest. 18 Ztm.

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Der große Schieberschwindel

Karlsruhe, 1. Juli. Bei der Vernehmung des Angeklagten Fries wurde festgestellt, daß Fries im Jahre 1920 aufgrund des § 51 des St.G.B. (verminderte Zurechnungsfähigkeit) von einer Anklage freigesprochen wurde. Den angeklagten Dr. Weiler habe er auf der Handelskammer kennen gelernt, wo er sich häufig Ausfuhrpapiere besorgen mußte. Es sei bald zu einem freundschaftlichen Verkehr zwischen ihm (Fries) und Dr. Weiler gekommen und Dr. Weiler habe ihm seine Unterstützung bei den Geschäften in Aussicht gestellt, unter der Vor-

aussetzung, daß er dabei auch etwas verdienen könne. Er habe dann dem Dr. Weiler 25 Prozent des Reingewinns versprochen. In der ersten Zeit sei von Fälschungen noch nicht die Rede gewesen, allerdings sei angenommen worden, daß Dr. Weiler sein Möglichstes tue. In der Folgezeit sei ihm Dr. Weiler hauptsächlich bei der Beschaffung von Teilpostenbescheinigungen behilflich gewesen. Jede Sendung nach dem Auslande müsse mit einer Genehmigung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr versehen sein. Wenn einmal nicht das ganze zur Ausfuhr zugelassene Quantum abgehandelt werden könne, stelle die Handelskammer eine Teilpostenbescheinigung aus für einen Teil der zum Export zugelassenen Warenmengen. In mehreren Fällen habe Dr. Weiler ihm solche Teilpostenbescheinigungen ausgestellt, ohne daß eine Ausfuhrbescheinigung vorgelegen habe. Im Frühjahr 1920 sei Dr. Weiler vielfach in Zahlungsschwierigkeiten gewesen. Er habe einen Hügel für 28 000 M. gekauft und darauf 10 000 M. anbezahlt. Der Rest sei im Mai fällig gewesen. Dr. Weiler habe damals nicht zahlen können und sei dann verflucht worden. Aus diesem Anlasse habe er (Fries) dem Dr. Weiler auf die bevorstehenden Exportgeschäfte Vorschläge gegeben, einmal 5000 M., dann 15 000 M. Am 4. Juni 1920 habe er (Fries) bei der Firma Laffen den Geschäftsführer Rammel der Frankfurter Filiale der Firma Laffen kennen gelernt. Dabei erfuhr Rammel, daß er (Fries) gute Beziehungen zu einem Herrn bei der Handelskammer habe, die für das Ausfuhrgeschäft von Wichtigkeit sei. Rammel sagte, eine Holzfirma in Offenbach a. M. sei bereit, für einen Ausfuhrschein für 20 000 Kubikmeter Nichtenholz eine Summe von 4 1/2 Millionen Mark zu bezahlen. Am folgenden Tage habe er (Fries) mit Weiler über die Sache gesprochen und Weiler sagte zu, bei der Besorgung der Papiere behilflich zu sein. In den nächsten Tagen sei nun der Mitangeklagte Grammes, der Prokurist der Frankfurter Filiale von Laffen, gekommen und habe nähere Angaben über die Holzausfuhr gemacht. Daraufhin habe Dr. Weiler eine Teilpostenbescheinigung über 20 000 Kubikmeter Nichtenholz ausgestellt. Später sei ihm bekannt worden, daß dieses Quantum wurde auch exportiert. Der Besitzer des Holzes sei der Holzhändler Stöcker in Offenbach gewesen, der für die Teilpostenbescheinigung 600 000 Mark bezahlt habe. Von diesen 600 000 M. habe Grammes 150 000 M., Dr. Weiler 80 000 M. erhalten, für 110 000 M. sei von ihm (Fries) und Einhorst ein Automobil beschafft worden. In verschiedenen Fällen habe er Plankette benutzt, die ihm von Dr. Weiler mit seiner Unterschrift und mit Stempelmarken versehen habe. Auch die Benutzung von abgestempelten Ausfuhrbescheinigungen, die von Ertel und Reuthner herrührten, gab Fries zu. Grammes leugnete jede strafliche Beteiligung an der Angelegenheit, ebenso auch Dr. Weiler. Insbesondere habe er dem Fries nur Teilpostenbescheinigungen ausgestellt, wenn Ausfuhrbescheinigungen vorlagen. Die Abgabe der Plankette an Fries gab Dr. Weiler zu. — Fortsetzung Samstag.

Ein griechischer Schwindler und rüchlicher Dieb stand in der Person des fliehenden Gg. König aus Offen der Gericht. Er verübte in verschiedenen Gasthäusern der Umgegend Scherereien und verschwand unter Mitnahme von Wäsche, Kleidungsstücken, Gemälden, einer Geldtasche u. a. Das Urteil lautete auf 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Seine Begleiterin, ein junges Mädchen, namens Herta Schäfer aus Offen, erhielt wegen Diebstahls in einem Falle, Weibliche zum Diebstahl, Urkundenfälschung und Betrug eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Sie wurde auf freien Fuß belassen. Beide hatten sich jeweils unter falschem Namen als Mann und Frau in die betreffenden Gasthäuser einlogiert.

Kleine Nachrichten

Erfurt. Vom Schwurgericht zu Erfurt wurde der 41 Jahre alte russische Kaufmann Hochau, zuletzt wohnhaft in Erfurt, wegen Doppelmord und versuchten schweren Diebstahls zweimal zum Tode und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte Anfang März ds. J. die Eheleute Barth bei einem Einbruch getötet.

Berlin. Ein außerordentlich verwegener Raubüberfall wurde auf dem ziemlich einsam gelegenen Bahnhof Neu-Westensee berichtet. Kurz nach 9 1/2 Uhr drangen drei Männer in das Bahnhofsgebäude ein und bedrohten den anwesenden Betriebsassistenten mit Revolvern und raubten die Eisenbahnkasse, die 117 062 M. enthält, sowie eine Kassenmappe. Nach bevor der Assistent Hilfe herbeiholen konnte, bestiegen die Räuber ein vor dem Bahnhof wartendes Droschkenauto, in dem sie auch eingetroffen waren und fuhren in der Richtung nach Berlin davon.

Weg. In dem deutschen Munitionsdopt in Bois-Debré, 5 Kilometer von Weg entfernt, hat eine Munitionsexplosion stattgefunden. Das Feuer griff auch auf den Wald über.

Wien. Zum Attentat auf den serbischen Prinzregenten wird ergänzend aus Belgrad gemeldet, daß unter den Verwundeten sich auch der Schweizer Professor Boissier befindet, der schwer verletzt wurde. Die Annahme, daß es sich nur um die Tat eines Einzelnen handelt, behält sich nicht. Im Laufe des gestrigen Tages verhaftete die Polizei weitere drei Personen als Mitschuldige des Attentäters.

Lüneville. Gestern morgen ist ein Truppentransport aus den Rheinlanden mit einem Zug, der der Lüneville rangierte, zusammengefallen. Drei Soldaten wurden getötet und 17 verwundet, drei davon schwer. Die Gleise waren mehrere Stunden lang gesperrt.

Letzte Nachrichten

Die Lage in Oberschlesien

Die Nachrichten aus den von den Insurgenten besetzten ober-schlesischen Gebieten stimmen, wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, darin überein, daß die gesamte Bevölkerung einschließlich der kulturell höher stehenden polnischen Schichten einschließlich der polnische Wirtschaft ein Ende hat. Selbst aus dem stark polnischen Kreise Abnath werden Beschlüsse rein polnischer Betriebsräte gemeldet, die sich für die Anteilbarkeit Oberschlesiens und gegen eine Zuteilung an Polen aussprechen. Ähnliche Nachrichten kommen auch aus dem Kreise Beuthen. Weitere Blättermeldungen aus Oberschlesien besätigen die unerhörten Raubereien und Erpressungen, die die Insurgenten bei ihren Rückzügen verüben. Im Kreise Kattowitz nehmen die Polen alles, was sie zusammenraffen können, mit, ohne daß sie daran von den Franzosen gehindert werden. Auch verüben die Polen weiter gegen die bedrückte Bevölkerung die schlimmsten Mißhandlungen.

W. B. Hindenburg, 1. Juli. Der Abbau des Aufstandes im Kreise Hindenburg geht weiter. Jabrze ist frei von den Insurgenten. Die Straßenbahn nach Gleiwitz verkehrt seit heute unbehindert, ohne die Kontrolle durch die Insurgenten. Nur an einzelnen Stellen der äußeren Stadtviertel befinden sich noch Insurgenten.

Die gültige interalliierte Kommission gibt Amnestie

W. B. Dypeln, 1. Juli. In einem Auftruf an die Bewohner Oberschlesiens gibt die interalliierte Kommission bekannt, daß vom Abend des 5. Juli ab nach dem vollständigen Rückzug und Auflösung der polnischen Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes die Verwaltung Oberschlesiens wieder vollständig in den Händen der I. A. ruht. In dem Wunsch, die bestehenden Gegensätze zu mildern, gewährt die Kommission Amnestie für alle mit dem Aufstand in Zusammenhang stehenden ungesetlichen Handlungen.

Die „Deutsche Wk. Ztg.“ schreibt zu dem Amnestieerlaß der interalliierten Kommission in Opatow: Der „Oberschlesische Wegweiser“, das Blatt Korfanths, war bereits vor 10 Tagen in der Lage zu melden, daß eine Amnestie zu erwarten sei. Dieses Unglaubliche ist nunmehr Wirklichkeit geworden. Praktisch heißt ein Amnestieerlaß nichts anderes, als daß alle von den Korfanthbanden verübten Verbrechen, die ungesetlichen Plünderungen und zahlreichen Morde ungeahnt bleiben sollen. Die Unterwerfung der interalliierten Kommission unter die Forderung Korfanths nach einer Amnestie ist ein Verrückter Akt für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens. Diese Maßnahme raubt uns den letzten Schimmer von Hoffnung auf eine gerechte und unparteiische Haltung der interalliierten Kommission in Oberschlesien. — Laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat der Amnestieerlaß unter den ober-schlesischen Deutschen große Erregung hervorgerufen. Man weist auf das Wort Lloyd Georges im Unterhaus hin, daß man nicht eher ruhen werde, bis die Anführer des Aufstandes zur Verantwortung gezogen werden.

Rückgang der Bevölkerung Frankreichs

Paris, 1. Juli. Nach der Volkszählung vom 6. März beträgt, wie die Gavas-Agentur mitteilt, die Bevölkerung von Frankreich mit Einschluß der Kolonien und von Elsaß-Lothringen 36 084 206 Einwohner gegen 38 468 813 im Jahre 1911, was eine Verminderung der Bevölkerung von 2 384 547 Einwohner bedeutet. Mitgezählt sind nicht die außerhalb Frankreichs dienenden Soldaten.

Die Reorganisation der Roten Armee

Terrefl, 30. Juni. Mitte Juli soll die Demobilisierung der Roten Armee beendet sein. Gemäß dem Demobilisierungsplan wird die Armee auf 500 000 Mann ausreduzierter Truppen reduziert. Die Offiziere und Soldaten der älteren Jahrgänge sind entlassen worden. Die treuen Truppenteile sind mit besten Waffen ausgerüstet und neu eingeleidet; sie werden mit besonderer Intensität eingedrillt. Die exprobierten Truppenteile sind auf verschiedene Bezirke verteilt, wobei den südöstlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger Bei 5 n. mehr Stellen bei 1.50 bis 2.00 die Zeile (Verantwortungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe (Deutscher Metallarbeiterverband) Blechner und Installateure! Die fällige Monatsversammlung am 4. ds. Mis. findet aus sehr wichtigen Gründen erst am 11. ds. Mis. statt. Die Branchenseitung.

Zur Beachtung! Unserer heutigen Auflage für Durlach und Umgebung liegt ein Prospekt der Firma Paul Burhard, Durlach, Hauptstraße 65a, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen. 4908

Wer wenig Kohlen will verstoehen Muss mit Persil die Wäsche kochen!



Kohlensparend, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Billiges Waschen, da kein weiterer Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erforderlich.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Ausschließliche Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Reisekoffer
Reisehandtaschen
Damentaschen
Besuchstaschen
Aktenuappen
sowie
sonstige Lederwaren
B. Klotter Nachf.
Inh.: G. Dischinger
Spezial-Geschäft
für Reiseartikel und Lederwaren
Eigene Werkstätte
Telefon 2618 Karlsruhe Kronenstr. 25.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Freie Lieferung innerhalb
Möbelhaus
Kostlos bei Anlieferung
Wohnungseinrichtungen
in großer Auswahl und modernen Ausführungen zu billigen Preisen
Spezialhaus für Bürger- u. billige Wohnungseinrichtungen
Brüder W. L. Bär
Karlstraße, Kaiserstr. 115 Eingang Adlerstraße.
Odenburg, Hauptstr. 52 neben Hotel Rhein. Hof.
In Einzel-Möbel
wahlreiches Lager in allen Sorten und Stilarten
Event. erleichterte Zahlungsbedingungen
bis zu einem Jahr

Vom 1.-15. Juli
Mein diesjähriger
SAISON-AUSVERKAUF
überbietet in Anbetracht meiner bevorstehenden
Geschäftsverlegung alles bisher Gebotene.
Zum Verkauf kommen große Posten
Rips-, Govercoat-, Alpaka-, Seiden- und Gummi-Mäntel
Seidenjacken — Seidenstrickjacken
Kostüme, Röcke, Kleider, Blusen in allen Stoffarten.
Keine Ladenspenden! Telefon 1845 Reelle Bedienung!

Daniels Konfektionshaus
KARLSRUHE, Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe.

Lebensmittel-Verteilung
Zucker: Kopfmenge 700 Gr. gegen die Zuckermarke G zum Preis von 4 M für 1 Pfund vom 4. bis 16. Juli.
Brot: 1 kleiner Laib (750 Gr.) als Sonderzuweisung für fehlende Karloffeln gegen die Waremarke Nr. 3 vom 4. bis 9. Juli.
Küchrechnung durch die Bäckereien mit den Brotmarken Nr. 25, in Bündeln von 100 Stück, von den Brotmarken getrennt.
Karlsruhe, den 1. Juli 1921. 1549
Nahrungsmittellamt der Stadt Karlsruhe.

Neue Küchen Küfett, Korbzeug
Tisch, 2 Stühle, hell eichen lackiert 385 M., große Kleiderbüchse, billige lackierte Schlafzimmern zu verkaufen.
L. Graf, Mühlentorstr. 24a, 4. Stod.

Dankfagung.
Zur Weiterleitung an die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberpfälzer, Breslau, sind bei der Südd. Distrikts-Gesellschaft Karlsruhe, Postfach 3900 — Ortsgruppe Karlsruhe, heimattreuer Oberpfälzer, — folgende Geldspenden eingegangen:
Von Herrn Hermann Mübe, g. Jt. Herren-afß 10 000 M., Herrn Erlanger, Luzern 300 M., Firma Zick hier 300 M., Firma Spiegel u. Wels weitere Spende 100 M., Herren Hugo Bandauer hier 50 M., Herrn Hermann Eltern hier 50 M., Herrn Jul. Fröhlich hier 100 M., Herrn A. Ren hier 50 M., Herrn Lindenau hier 10 M., Herrn Friesländer hier 20 M., Herrn R. Wormler hier 20 M., Ungeannt 5 M., Herrn Otto Leibinger, Apotheker, Badisch-Weinfelden 100 M., Herrn Tot. Leonhard hier 100 M., Herrn Fabrikdirektor Karl Rudolph, Durlach, 150 M., E. G. M. 50 M., Herrn Hauptlehrer Karl Seitz in Hofen Amt Vörrach 15 M., B. Kluge, Distantal h. Baden-Baden, Lehrerinneheim 5 M., Frau J. Wader, Roffitz. 2 10 M.
Allen Spendern herzlichsten Dank. Weitere Gaben für das „Oberpfälzer-Geldwerk“ werden von allen Banken Sparcassen und Postanstalten entgegengenommen.
Ortsgruppe Karlsruhe heimattreuer Oberpfälzer.

Central-Lichtspiele
Karl-Friedrichstraße 26

Marry Piel
Die Luftpiraten
in 6 Akten. 4996
Was Harry Piel an Tollkühnheit, Gewandtheit und Kraftproben leistet, weiß tatsächlich die Grenzen des Möglichen.
Auf der Flucht vor den Grenzwachtern. — Ein Schlittenunfall der hart am Tode vorbeiführt. — Bei den Schmugglern usw. — Jedoch gelingt es Harry Piel noch im letzten Augenblick den zahlreichen Gefahren zu entgehen.



Aufruf
zum
Oberschlesier-Hilfswerk.
Deutsche Männer und Frauen!
Oberschlesien brennt. Inurgentenbanden mordeten, plünderten und raubten. Groß ist die Zahl der Erschlagenen. Tausende Deutsche haben Heimat, Hab und Gut verloren, sind verschleppt oder schmachten in Konzentrationslagern den entsetzlichen Mißhandlungen und Entbehrungen ausgelegt. Hunderte von Schwunde und Kranke füllen Lazarett und Krankenhäuser und entbehren der allernotwendigsten Mittel zu ihrer Heilung. Auf dem Lande herrscht widesteter Terror. In den Städten ist Lebensmittel- und Wasserzufuhr abgeschnitten. Das Hilfspersonal zusammengebrochen und dadurch die Not der Bevölkerung auf dem Gipfelpunkt.
Katerländische Pflicht aller Deutschen ist es daher, unsern schwer bedrängten und unglücklichen kühnen ober-schlesischen Volksgenossen so rasch als möglich zu helfen. Darum ihr Männer und Frauen Karlsruher
Helft den Oberschlesiern, helft sofort!
Große Mittel sind notwendig, vor allem Geld, Wäsche, Kleidung und unentbehrliche Lebens- und Stärkungsmittel.
Am kommenden Sonntag, 3. Juli soll, wie in allen deutschen Städten, so auch in Karlsruhe ein deutscher Oberschlesier-Opiertag stattfinden. Straßen- und Hausaufführungen sind vorgesehen, letztere schon Samstag, den 2. Juli.
Geht, was in Euren Kräften steht und denkt an die Not des ober-schlesischen Volkes am Abstimmungstag, in der es in so glänzender Weise seine Treue zum Vaterland bekundet hat! Gaben in Geld nehmen entgegen alle hiesigen Banken, sowie die städtische Sparkasse Karlsruhe.
Sachspenden wollen an die Sammelstelle des Roten Kreuzes hier abgeliefert werden.
Der Ortsausschuß Karlsruhe für das Ober-schlesier-Hilfswerk
Frau Jenny Baring für den Evangelischen Frauenbund, Baumeister, Pfarrsekretär für den katholischen Caritasbund, Blum, Begleitkari für die Handwerkersammer Karlsruhe. Dees, Generalsekretär, 1. Vorsitzender des Vereins Karlsruher Presse. Dr. Erhardt, Geh. Hofrat Direktor der Oberrealschule, Vertreter der Mittelschulen. Bahndorfer, Gewerkschaftssekretär und Stadtvordneter, für die christlichen Gewerkschaften. Dr. Jünger, Oberbürgermeister D. Frey, Oberreallehrer, Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtvordneter. Hof, Gewerkschaftssekretär, für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Karlsruhe. Gsell, Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden. Jacob, Stadtrat, 1. Vorsitzender. Kaminski, Stadtpfarrer, für die katholische Kirchengemeinde. Krauß, Oberpostsekretär Vorsitzender der Vereinigung heimattreuer Oberpfälzer, Ortsgruppe Karlsruhe. Kühn, Stadtrat, 2. Vorsitzender. Dr. Kurrein, Stadtratsmitglied, für die Israelitische Wohlfahrtsvereinigung. Kager, Verwaltungsdirektor, Geschäftsführer. Leonhardt, Obersekretär des städt. Volksschulrektors. Lint, Geisl, Rat und Stadtdenar, für die katholische Gesamtkirchengemeinde. Frau Stadträtin Mathis, für den katholischen Frauenbund. Dr. Mantel, Generalarzt, Vertreter des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz. Menginger, Stadtrat und Konsul, 1. Vorsitzender des Verkehrsvereins. Müller, Geh. Rat, Generalsekretär des Badischen Frauenvereins. Napp, Stadtdenar, für die Evangelische Gesamtkirchengemeinde. Preiszau von Schilling, für den Helferrinnenbund des Badischen Frauenvereins. Stehlin, Nestor der städt. Volksschulen. Dr. h. e. Strauß, Kommerzienrat und Bankier, für die Karlsruher Bankvereinigung. Werner, Parter, für den Badischen Landesverein für Innere Mission.

Vom 1. bis 15. Juli

Saison-Ausverkauf
Sämtliche Lagerbestände in Sommerwaren müssen geräumt werden; deshalb biete ich äußerst günstige Kaufgelegenheit in:

Damen- u. Mädchen-Kleidung
Mäntel in Wolle und Seide von 225.- an
Kleider in Wolle, Leinen u. Seide v. 122.- an
Dirndl-Kleider für Damen und Kinder von 24.50 an
Washkleider für Kinder von 23.- an
Matrosen-Kleider, reine Wolle v. 148.- an
Blusen, weiß und farbig, in guten Qualitäten von 15.- an
Kostüm-Röcke von 55.- an

Herren- u. Knaben-Kleidung
Lästerjoppen 252.- 170.-
Popeljoppen, hell u. dunkelfarbig 153.-
Washjoppen für Männer u. Knaben 95.- 65.- 58.- 39.-
Washblusen für Knaben von 32.- an
Washanzüge f. Knaben in groß. Auswahl

Herrenwäsche
Trikothemden 39.50 29.50 19.50
Einsteckhemden, prima Piqué 35.-
Sporthemden, prima Zeфир von 32.- an
Oberhemden mit Manschetten und 2 Kragen 82.-
Ein Posten Unterhosen 7.25

Strümpfe
Damenstrümpfe 13.- 11.50 9.-
Herrenstrümpfe 12.- 10.- 8.-
Kinderstrümpfe u. Söckchen enorm billig

Wash-Stoffe
Prima Kattun Mtr. 9.75
Baumwollmusseline gute Qualität 17.50 16.50 11.75
Washkrepp in vielen Farben 11.75
Wolle, weiß und farbig von 16.50 an

J. Schneyer
Werderplatz, Ecke Marienstr. Filiale: Rheinstr., Ecke Hardtstr.

Radfahrer
Rennfahrer
Sport-Verleihe
kaufen Ihren Bedarf in Fahrrädern, Bereifung u. allem Zubehör konkurrenzlos in Preis u. Qualität bei
H. Brodführer,
Karlsruher Fahrrad-Haus
Kaiserstr. 5
am Durl. Tor, Fernr. 2918.
Gritzner Näh-Maschinen.



Busenbach im Albtal
Bahnhof-Restaurant
WALDHORN
Zeige hiermit ergebenst an, daß ich die Bahnhof-Restaurant z. „Waldhorn“ käuflich erworben habe. Gute Küche. Eigene Schlichtung. Keine Weine! Schöner schattiger Garten. Große Lokalitäten. **Morgen Sonntag SCHLACHT-FEST**
Tel. 130. Der Besitzer: Emil Schurr

Ein Posten 4914
Knaben-Washanzüge
Blau Leinen, mit Krage und Schlupf, kurze Hose, von 2-8 Jahren pro Anzug Mtr. 25.-
Kinderhütchen, Spielhöschen, Nissenmittel aus Kesseln, Mtr. 10.- pro Stück
Nähfaden, Seifencreme u. u.
Landw. Vertriebs-Ges. m. b. H. i. B.
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 158, 3. St.

Von einem gräßlichen
Jovin-
urispflanz
wurde ich durch Schaumauflage von Obermeyer's befreit.
Jovinurispflanz
in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien

Die Heilung u. Bepannung
offener Beine und alter Wunden macht in kurzer Zeit schnelle Fortschritte bei Anwendung von
Dr. Göttig's Varicol (gef. gef.)
Wäsche & Mtr. 15.- Gratis-Versand mit Jengulien. Gehält. in den Apotheken, wo nicht, weiß die Pharmaceutica G. m. b. H. in Eberach (Baden) Bezugsquellen nach.

Neu eingetroffen!
ein größerer Posten Ia
Säcke
Sommer-Pferdedecken
Grosso Auswahl in 4906
Bettbarchente Matratzendelle
Sehr lohnend für Wiederverkäufer!
Arthur Baer
Kaiserstrasse 133
eine Treppe hoch Eingang Kreuzstrasse.

ALUMINIUM
Kochtöpfe
in großer Auswahl nur Qualitätsware stets zu den billigsten Tagespreisen
Nürnberg, Karlsruhe
Aluminium-Spezialgeschäft Waldstr. 26, neben Rest.

Geschlechtskranke
aller Art, lasst Euch rechtzeitig behandeln, dann ist Heilung möglich, auch in veralteten Fällen. Leiden angeben. Ausführliche Auskunft umsonst. Rückporto belegen. Dr. med. **Dammann Hellanstalten**, Berlin, Potsdamerstr. 125 B. Zwelgansalt für Behandlung (nicht Auskult) Stuttgart-Cannstadt, Aeusserer Moltkestr. 81, 9-11, 3-6, Sonntags 10-12.

Oelfarben-Bodenlacke
Lackfarben: Bronco: Holzbeizen
gebrauchsfertig für Anstriche aller Art
Maler-Artikel
vorteilhaft im 4133
Farbengeschäft Waldstr. 15, b. Colosseum
Fachmännische Bedienung

Die kluge Hausfrau
wartet nicht länger, sondern kauft die nötigen
Einkochgläser
Einkochapparate usw.
umgehend bei 4561
C. F. Werner, Eisenhandlung
Gaggenau
Nur Deglerstrasse 3.

Färbe zu Hause
Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen u. s. w.
nur mit
Heilmann's Farben
Bestbewährt Größte Auswahl
Andere Farben zurückweisen
Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Heilmann, Köln & Riga

